Amtliche Bekanntmachungen.

Die im Dezember 1921 und Ende Februar 1922 festgesetzten Ortspreise für den Wert der Sachbezüge (§ 160 R.-V.-O. und § 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte) werden vom 1. Oktober ds. Js. ab

um 150 v. H. erhöht.

Die Krankenkassen werden veranlaßt, die erhöhten Sätze vom 1. Oktober ab in Anwendung zu bringen.

Bautzen, am 16. September 1922.

Das Versicherungsamt der Amtshauptmannschaft Bautzen.

Erledigt hat sich die für morgen vorm. 11 Uhr im Fremdenhof „König Albert" in Bischofswerda angesetzte Versteigerung der Fuchsstute.

Bischofswerda, am 19. September 1922.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Städtische Bekanntmachungen.

Sonderbrotmarke. Die Ausgabe der Sonderbrotmarke — gültig bis 30. Sept. — erfolgt

für den Rathausbezirk Mittwoch, den 20. September,
für den Schulbezirk Donnerstag, den 21. September, und
für den Turnhallenbezirk Freitag, den 22. September,
nachmittags von 3—6 Uhr.

Die Brotausweiskarte ist mitzubringen.

Werden die Marken an den **einzelnen Ausgabetagen nicht abgeholt**, so geht der **Anspruch darauf verloren. Eine nachträgliche Ausgabe findet nicht statt.**

Verpflegsätze im Stadtkrankenhaus Bischofswerda. Infolge der stetig fortschreitenden Teuerung werden die derzeitigen Verpflegsätze (s. Bekanntmachung vom 26. Juli 1922) vorbehältlich der Zustimmung der städtischen Kollegien um 100 % erhöht. Eine weitergehende Erhöhung bleibt vorbehalten.

Bischofswerda, am 19. Sept. 1922. **Der Rat der Stadt.**

---

gehender Aussprache innerhalb des Familienkreises der Ernennung nicht verschließen können, daß die Einsamkeit für den entthronten Kaiser, der es während seiner langen und glücklichen Ehe gewohnt war, in seinen schwersten Stunden bei der Kaiserin Trost und Beratung zu finden, fast unerträglich geworden ist. Aus diesem Grunde faßte der Kaiser den Entschluß, die Prinzessin, die im Sommer sich in Doorn aufgehalten hatte und auf ihn einen überaus sympathischen und wohltuenden Eindruck machte, zu seiner Gattin zu machen. Die Frau Prinzessin befindet sich augenblicklich bei ihrer Tante, der Großherzogin Luise von Baden, auf der Mainau.

Zu einem kürzlich ausgegebenen Dementi sei noch folgendes gesagt: Auf die Anfrage eines amerikanischen Blattes beim Hofmarschallamt Doorn wurde von dem über die Verlobung nicht unterrichteten stellvertretenden Hofmarschall wahrheitsgemäß geantwortet, daß er von nichts wisse. Diese Auskunft ist dann fälschlich als Dementi angesehen worden. Dem Kaiser lag aber außerordentlich daran, daß die ihn betreffende Mitteilung nicht zuerst durch ausländische Blätter zur Kenntnis des deutschen Volkes gelangte, sondern daß dieses durch einheimische Zeitungen geschah. Infolgedessen erfolgte nunmehr erst die amtliche Bekanntgabe.

Der mehrheitssozialistische Parteitag in Augsburg.

Augsburg, 17. September. Der diesjährige Reichsparteitag der deutschen Mehrheitssozialisten wurde am Sonntag abend in der dichtgefüllten, über 6000 Personen fassenden Sängerhalle im Stadtgarten eröffnet. Es sind über 400 Delegierte zu den Verhandlungen erschienen, die am Montag vormittag beginnen werden. Im Laufe des Begrüßungsabends sprach der Vorsitzende der Augsburger sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Simon über die Geschichte der Augsburger und schwäbischen Sozialdemokratie. Dann ergriff der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller das Wort zu Ausführungen, in denen er die politischen Vorgänge des letzten Jahres streifte und u. a. selbstverständlich den Deutschnationalen die Schuld an der Ermordung Rathenaus in die Schuhe schob, wenn er auch erwähnte, daß an dem Morde die Ententepolitiker mitschuldig seien, die das wundenbedeckte Deutschland nicht zur Ruhe kommen ließen. Wenn die „letzte Katastrophe" in Deutschland einträte, würde sie nicht so glatt wie in Rußland und Österreich verlaufen! Die Mehrheitssozialdemokratie habe nun vollauf genug von dem Segen der sog. freien Wirtschaft, die das deutsche Volk auslauge und Wucherern und Schiebern Tür und Tor öffne. Der Parteitag habe bereits an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er gegen die neuerlich geplante vierfache Getreideumlage protestiert.

Die Partei müsse darnach trachten, daß die deutsche Republik demokratisch bleibe und nicht zu einer „Geldsackrepublik" werde. Die Einigung mit den Unabhängigen, die so gut wie sicher sei, werde die Reihen der Sozialdemokratie stärken und den Kampf um die soziale Demokratie siegreich zu Ende führen lassen. Der ganze Abend war überhaupt auf die Parole: **Kampf den Kommunisten und Kampf den Rechtsparteien, den Deutschnationalen und auch der Deutschen Volkspartei** gestimmt.

Hierauf wurden zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Parteitages gewählt Weis-Berlin und Simon-Augsburg. Weis übernahm den Vorsitz. Von ausländischen Vertretern der Sozialdemokratie waren erschienen Sozialdemokraten aus Dänemark, Schweden, Belgien, der Tschecho-Slowakei und zwei Vertreter der englischen Arbeiterpartei, die gleich dem belgischen Vertreter stürmisch begrüßt wurden. Sämtliche ausländischen Vertreter betonten den Gedanken der internationalen Sozialdemokratie, die nicht mehr zulassen dürfe, daß ein Krieg entstehe. Insbesondere wandten sich unter allgemeiner Beachtung der Zuhörer

die englischen Vertreter gegen die Rachepolitik Frankreichs, die eine wirtschaftliche Genesung Deutschlands, und damit Europas, verhindere. Bemerkenswert war ohne Zweifel der Ton, auf den schon der Begrüßungsabend gestimmt war: die Mehrheitssozialisten schlugen eine schärfere Tonart an, um den unabhängigen Brüdern den Anschluß an die alte Partei zu erleichtern.

Die Verhandlungen am Montag.

Augsburg, 18. September.

Vor der Aufnahme der heutigen eigentlichen Parteitagsverhandlungen begrüßte der Vertreter der Auslandsdelegationen von der russischen Sozialdemokratischen die bevorstehende Einigung der deutschen Sozialdemokratie.

Reichstagsabgeordneter Adolf Braun erstattete sodann den Bericht des Parteivorstandes und führte dabei u. a. aus: Wir dürfen nicht durch unerfüllbare Forderungen die Arbeiterschaft zu Enttäuschungen führen, denn wir brauchen nicht Fatalisten, sondern kämpfende Parteigenossen. Der Großkapitalismus ist heute mächtiger denn je, und der Kampf gegen ihn ist schwer. Die gewaltige Masse der Arbeiterschaft hat eingesehen, daß unsere nüchterne mit den Tatsachen rechnende Politik der Arbeiterschaft am besten dient. Die sozialdemokratische Presse ist glücklicherweise trotz der allgemeinen Not nicht zurückgegangen und alle 139 Parteizeitungen bestehen fort. Es ist unberechtigt, wenn dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion vorgeworfen wird, sie hätte nicht genug zur Linderung der wirtschaftlichen Not getan. In Deutschland geht alle Gewalt vom Volke aus und nicht von den Abgeordneten. Die Massen sollten sich mehr rühren. Es ist bedauerlich, daß kaum der zehnte Teil der in den Gewerkschaften organisierten Frauen und Männer unserer Partei angehört. Wir müssen neben den Handarbeitern auch die Kopfarbeiter gewinnen, aber wir müssen erst die richtige Sprache finden, mit der wir zu der Masse der Kopfarbeiter sprechen können. Zur Frage der Arbeitszeit befürworten wir den Antrag Bielefeld: Der Achtstundentag ist gegen jeden Angriff zu schützen. Der Parteitag bedauert die Auslassungen einzelner Sozialdemokraten, die geeignet sind, den Achtstundentag zu gefährden. Braun wandte sich besonders gegen das von dem sozialdemokratischen Journalisten Kalinski im Reichswirtschaftsrat abgegebene Sachverständigengutachten gegen den Achtstundentag. Im Anschluß daran kritisiert er den sozialdemokratischen Journalismus überhaupt und führt aus, es ist leicht, in die Partei hineinzukommen, aber schwer, hinausgebracht zu werden. Das beweist uns der Fall Lensch, der glücklicherweise ein Einzelfall in der Partei ist. Lensch, der früher so radikal war, daß keiner mitkonnte, hat jetzt den Sinnes überstinnifiert. Ein Antrag, den wir empfehlen, erklärt die Mitarbeit von Parteigenossen an reaktionären Zeitungen mit den Parteipflichten für unvereinbar. Braun schloß sein Referat mit dem Wunsche, daß auch die in Nürnberg neu geeinte Partei das Vertrauen der Massen besitzen möge.

Friedrich Barthels, der Privatkassierer, berichtete dann über Agitation, Organisation und Kasse. Der wöchentliche Mindestbeitrag müsse auf 5 ℳ erhöht werden. Ein Stundenlohn müsse durchschnittlich als Monatsbeitrag gelten. Die sozialdemokratische Lehrerbewegung habe besonders auf dem Lande werbend für die Sozialdemokratie gewirkt. Die Organisation der sozialdemokratischen Jugend habe sich günstig entwickelt. Die Gesamtpartei habe gegenüber dem Vorjahre einen Verlust von rund 47 000 Mitgliedern, also etwa um 4 v. H. erlitten. Sie zählt gegenwärtig 1 174 105 Mitglieder.

Frau Abg. **Juchacz** ergänzte den Bericht durch eine Darlegung der Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung und betonte den Nutzen, den die Mitarbeit sozialdemokratischer Frauen bei der Organisation der deutschen Kinderhilfe des Auslandes gestiftet habe.

Der Vorsitzende stellt für eine Reihe von Anträgen die Unterstützungsfrage. Unter den abgelehnten Anträgen befindet sich — bezeichnenderweise! — der Antrag Slate: „Die Genossen in Regierungen, Verwaltungen usw. haben strengstens darauf zu achten, daß die Gesetze zum Schutze der Republik korrekt durchgeführt werden, andernfalls haben die Genossen aus der Regierung auszutreten."

Die Frage der Einigung soll nach einem Parteitagsbeschluß erst am Donnerstag zur Beratung kommen, zu derselben Zeit, wo über dieselbe Frage in Gera verhandelt wird.

Die Preiserhöhung für Umlagegetreide.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß und Hermann Müller.

Berlin, 18. September. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg hatte der Abgeordnete Hermann Müller gegen eine Kommission des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages und gegen die Regierung schwere Vorwürfe erhoben, weil am Sonnabend in der Kommission des volkswirtschaftlichen Ausschusses eine Vervierfachung des Preises für Umlagegetreide, und zwar für die erste der drei Lieferungen, beschlossen worden sei. Hierzu ist folgendes mitzuteilen:

Der volkswirtschaftliche Ausschuß hat am 6. September sich mit der Frage der Getreideumlage befaßt. Dabei ist eine Resolution angenommen worden, die eine auf Grund des § 50 des Gesetzes über die Getreideumlage zu bildende Kommission damit beauftragt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob eine Erhöhung des Preises für die erste Lieferung des Umlagegetreides nötig wäre. Diese Kommission sollte ursprünglich nach dem Wortlaut des Gesetzes nur den Preis für das zweite und dritte Drittel der Lieferung an Umlagegetreide festsetzen. Es bestand im volkswirtschaftlichen Ausschuß im übrigen Einigkeit darüber, daß eine Erhöhung des Preises für Umlagegetreide an sich eintreten müsse. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur darüber, ob diese Erhöhung auch für das erste Drittel eintreten soll, für das bekanntlich der Preis auf 6900 oder 7400 ℳ festgesetzt ist. Die Kommission des volkswirtschaftlichen Ausschusses hat nun am Sonnabend beraten. Zu einer Einigung haben die Verhandlungen aber nicht geführt. Bei der Abstimmung enthielten sich die Vertreter der Sozialdemokraten der Stimme. Angenommen wurde eine Entschließung, die für die Festsetzung des Preises für Umlagegetreide der ersten Lieferung den Index der landwirtschaftlichen Produktionskosten, der vom Reichsernährungsministerium aufgestellt wird, zugrundelegen und den Ausfall an Brotgetreide mit 20 v. H. berücksichtigen will. Aus dieser Resolution haben die sozialistischen Blätter und hat offenbar auch der Abgeordnete Müller eine Vervierfachung des Preises für Umlagegetreide erster Lieferung herausgerechnet. Die Regierung hat diese Resolution der Kommission zur Kenntnis genommen. Sie wird ihrerseits durch das Reichsernährungsministerium eine Vorlage ausarbeiten lassen, die dann dem Kabinett zugeleitet wird und noch den volkswirtschaftlichen Ausschuß und dann entweder den Überwachungsausschuß oder das Plenum des Reichstages beschäftigen muß. Daß eine Erhöhung des Brotpreises eintreten müsse, ist selbstverständlich, hängt aber nicht mit einer Erhöhung der Preise für Umlagegetreide allein zusammen, sondern ergibt sich in der Hauptsache aus dem Preise für Auslandsgetreide, der rund 50 000 ℳ für die Tonne beträgt.

Neues aus aller Welt.

— **Folgenschweres Platzen eines Blindgängers.** In Torgau boten Schulknaben, die auf dem Exerzierplatz Oberneumdorf Blindgänger ausgegraben hatten, die Granaten der Altteilenhandlung von Naumann zum Kauf an. Der 15jährige Gehilfe Naumanns, namens Schulze, ließ dabei einen Zünder fallen. Es erfolgte dabei eine Explosion, durch die Frau Naumann sofort getötet, Schulze und ein Schulknabe schwer verletzt, die Tochter Naumanns und drei weitere Schulknaben leichter verwundet worden sind.

Aus Sachsen.

Pirna, 19. September. **Für die Gefallenen des Feldartillerieregiments Nr. 64** in Pirna findet am 7. und 8. Okt. in einfacher schlichter Form die Weihe eines Ehrendenkmals hier statt. — **Jugendlicher Ausreißer!** Ein 14jähriger Schulknabe aus Dresden, der seinen Eltern 4000 ℳ gestohlen hatte, wurde gestern vormittag auf dem hiesigen Bahnhof festgenommen. Er hatte von dem Gelde nur noch 50 ℳ übrig und befand sich, nachdem er bis nach Karlsbad gekommen war, auf der Rückreise nach Dresden.

Brand-Erbisdorf, 19. September. **Durch einen Rowdy** hat hier der Gerber Weigl seinen Tod gefunden. Am vorigen Sonntag abend faßte in einem Tanzsaal der Arbeiter Wagner ohne jede Veranlassung den den Tanzsaal verlassenden Gerber Michael Weigl an der Kehle, würgte ihn und warf ihn auf den Steinfußboden, wo Weigl bewußtlos liegen blieb. An einem erlittenen Schädelbruch und anderen Verletzungen ist Weigl am Mittwoch gestorben. Weigl wurde als ein bescheidener und braver Mensch allseitig geschätzt. Wagner ist in Haft genommen worden.

Leipzig, 19. September. **Der erschossene Einbrecher,** über dessen Tod anläßlich des Einbruchs in eine Kräutergroßhandlung wir berichteten, ist ein alter Zuchthäusler. Er ist schwer vorbestraft und erst kürzlich aus dem Zuchthaus entlassen worden. Seine Mittäter sind ebenfalls bereits ermittelt und festgenommen worden und ein großer Teil des gestohlenen Gutes konnte wieder herbeigeschafft werden.

Zwickau, 19. September. **Für 900 000 ℳ Postsendungen unterschlagen** haben hier ein 16jähriger Laufbursche und ein 22jähriger Arbeiter, die festgenommen wurden. Der Laufbursche hat Postsendungen mit Wareninhalt im Werte von etwa 900 000 ℳ, die er im Auftrag seines Arbeitgebers von der Post nach dem Geschäft bringen sollte, dem Arbeiter und einem gleichaltrigen, noch flüchtigen Arbeiter zum Verkauf übergeben. Die beiden Abnehmer haben gewußt, daß die Ware auf unredlichem Wege erlangt gewesen ist. Ein großer Teil des unterschlagenen Gutes konnte wieder herbeigeschafft werden.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 19. September.

—* **Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank** und Post erfolgt vom 18. bis 24. September unverändert zum Preise von 5000 ℳ für ein Zwanzigmarkstück, 2500 Mark für ein Zehnmarkstück.

—* **Eine wichtige Entscheidung.** Der Sächsische Landesverband der christlichen Elternvereine teilt uns mit: „Die Schulanmeldungen derjenigen Kinder, die bis 31. März (auf Wunsch auch diejenigen, welche bis 30. Juni) 1923 das sechste Lebensjahr vollendeten, sind demnächst zu vollziehen. Bei der Anmeldung haben die Schulleiter die Eltern zu fragen, ob sie für ihre Kinder Religionsunterricht wünschen. Wir empfehlen den christlichen Eltern, um Irrungen zu vermeiden, dringend, die Erklärung, von den beiden Eltern unterschrieben, schriftlich mitzunehmen und dem Schulleiter bei der Anmeldung abzugeben. Von dem Ergebnis dieser Elternbefragung hängt in starkem Maße das weitere Schicksal der Schule ab. Darum ist es nötig, daß alle Eltern, die den christlichen Charakter unserer Schule gewahrt wissen wollen, ihre Kinder für den Religionsunterricht anmelden. Geschieht dies nicht, so werden die Kinder dem Moralunterricht zugewiesen."

—* **Vergiftung eines wertvollen Hundes.** In einem hiesigen Grundstück hat sich innerhalb kurzer Zeit der Fall wiederholt, daß der zur Bewachung des Grundstücks gehaltene Hund vergiftet worden ist. Da die volle Aufklärung dieser gemeinen Tat im allgemeinen Interesse liegt, setzt der Deutsche Schäferhundverein eine Belohnung von 1000 Mark aus für die Aufklärung des Falles und die gleiche Belohnung sichert der Besitzer des Hundes zu, so daß insgesamt ℳ 2000 ausgesetzt sind. Näheres im Anzeigenteil.

—* **Neue Lohnerhöhungen im Buchdruckgewerbe.** Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker hat am Sonntag, den 17. September nach dreitägigen Verhandlungen ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, das drei Wochen, also bis 7. Oktober, läuft. In den Spitzen beträgt die Lohnzulage in der ersten und zweiten Woche 800 ℳ, in der dritten Woche 1200 ℳ. Infolge dieser Lohnerhöhungen in Verbindung mit den enorm gestiegenen Preisen der Materialien und Betriebsunkosten erhöhen sich die Druckpreise vom 18. September ab um 60 Prozent.

—* **Das enorme Ansteigen der Tabakpreise.** Aus Kreisen der tabakverarbeitenden Industrie schreibt man uns: Das geflügelte Wort: „Der Tabak muß bluten!" zeigt sich in erschreckender Gestalt bei den Tabakpreisen auf der Leipziger Messe. Die frühere 5-₰-Zigarre kostet 10 ℳ, die 10-₰-Zigarre 25 ℳ. Diese Preise schildert uns ein Messebesucher noch als sehr billig; die gewöhnliche Preislage ist 40—80 ℳ eine Zigarre, „Jagdstaffel" sogar 500 ℳ das Stück. Und dabei kann von Wucher keine Rede sein, die hohen Preise des Rohtabaks, Einfuhrzoll, Goldaufgeld, Banderole, alles behördliche Maßnahmen, Arbeitslohn: tausend Stück über 1000 ℳ, hohe Betriebs- und Einkommensteuern, höchste Kohlen- und Lichtpreise, teures Handwerkszeug, alles dies erzeugt die Phantasiepreise. Und die Kehrseite: 99 Hundertstel aller deutschen Zigarrenhersteller sind „valutakrank": sie haben sich „tot verdient" und können, trotz mittleren Geschäftsganges, kein Rohmaterial mehr einkaufen; denn es fehlt ihnen an Geld, trotz der Sündflut an Kassenscheinen! Schwer rächt sich am deutschen Volke die verfehlte Politik seit Sommer 1917. — Was nun? Der „Vorwärts" empfiehlt: Verbot der Einfuhr von Genußmitteln, auch Tabak will der „Vorwärts" nicht mehr eingeführt wissen, die Folge: 170 000 arbeitslose Tabakarbeiter, Stillegung von 18 000 deutschen Zigarrenfabriken. — Zigarrenmacher und Raucher, eure Zukunft ist düster!

—* **Warnung vor einem Betrüger.** Ein angeblicher Revierförster Bürg von Beuren (Hohenzollern) sucht jetzt